



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

August 2023

Unser Team für Europa



vlnr: Gerhard Trabert, Carola Rackete, (Janine Wissler), Martin Schirdewan, Özlem Alev Demirel (s.S. 2)

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe:
Samstag, 02.09.2023

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Team für Europa	S. 2
Mindestlohn muss kräftig steigen	S. 2
Inflationsausgleich für Rentner*innen	S. 4
Prideweek	S. 5
Regionalkonferenz	S. 6
Billstedter Marktplatz	S. 6
Termine / Kontakt	S. 7
Anhang: Unser Plan für ein gerechtes Land	

Unser Spitzenteam für Europa

Mit den Spitzenkandidat*innen **Martin Schirdewan** und **Carola Rackete** sowie **Özlem Alev Demirel** und **Gerhard Trabert** auf den Plätzen drei und vier zeigen wir: Die LINKE ist die Adresse für alle, die eine gerechtere EU wollen, die sich wünschen, dass soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechte und Klima im Vorwärtsgang verteidigt werden. Die möchten, dass jemand Superreichen und Konzernen endlich Grenzen setzt. Unser Spitzenteam für Europa will einen radikalen Politikwechsel, der eine Alternative ist zum Zynismus der Ampel-Parteien, zu ihrem fortgesetzten Einknicken vor den Rechten, zu ihrem Unwillen, die massiven Gewinne endlich umzuverteilen. Und: Die LINKE öffnet sich für Engagierte und Aktive aus sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft.

DIE LINKE ist Teil eines linken Pols der Hoffnung, der größer ist als die Partei selbst. Wenn die Zeiten rauer werden, rücken die

Jeder Vierte verdient unter 14 Euro die Stunde - niedrige Löhne, kleine Renten zu erwarten

Die **Mindestlohnkommission (in Deutschland)** ist ein unabhängiges Gremium, das sich aus VertreterInnen von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Wissenschaftler*innen zusammensetzt. Sie prüft, wie hoch der gesetzliche Mindestlohn in der aktuellen Situation sein muss, damit er unter anderem einen angemessenen Mindestschutz für Beschäftigte bieten kann. In der Regel legt diese alle zwei Jahre einen Vorschlag zur Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns vor. Die Anpassung auf 12 Euro im Jahr 2022 (1.10.) war eine außerplanmäßige, einmalige Anhebung, die im Koalitionsvertrag vereinbart war. Danach fand eine Rückkehr zum regulären, gesetzlich festgelegten Turnus statt. Das bedeutet auch, dass es in diesem Jahr keine Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns geben wird. Ab dem kommenden Jahr (1.1.2024) soll dieser auf 12,41 Euro und ab 1.1.2025 auf 12,82 Euro ansteigen.

Dieser Beschluss ist aus Sicht der GewerkschafterInnen absolut enttäuschend und wurde gegen ihre Stimmen gefasst. Sie hatten angesichts der hohen Inflation und der steigenden Kosten für Energie und Lebensmittel eine deutlich stärkere Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns gefordert.

Aus der Stellungnahme des DGB:
"Für eine Anpassung lediglich im Cent-Bereich konnten wir auf keinen Fall unsere Hand reichen.

fortschrittlichen Kräfte zusammen.

(Newsletter der Bundespartei)

*Ich denke, dass es eine gute Entscheidung war, die Vorschläge für die ersten vier Listenplätze jetzt zu veröffentlichen. Diese Mischung aus erfahrenen Abgeordneten der LINKEN und „Externen“, die für ganz zentrale linke Themenfelder stehen, ist der aktuellen Situation angemessen und kann helfen, den Menschen zu verdeutlichen, dass allein die LINKE für die Politik steht, die manche sich zu Unrecht und vergeblich von SPD und Grünen in der Ampel versprochen haben. Ich persönlich hoffe, dass die Bundesvertreter*innenversammlung sich dem Vorschlag anschließen wird.*

Auch inhaltlich hat die Partei vorgelegt: Am 24. Juli wurde ein Papier von Gregor Gysi und Martin Schirdewan mit dem Titel „Unser Plan für ein gerechtes Land“ veröffentlicht. Anhang zu diesem

-besel

Mit diesem Beschluss erleiden die fast sechs Millionen Mindestlohnbeschäftigten einen enormen Reallohnverlust. ... Um diesen Mindestschutz sowie einen Ausgleich der Inflation zu erreichen, hätte der **Mindestlohn zumindest auf 13,50 Euro steigen müssen** ... Es ist beschämend, dass die Arbeitgeber in dieser Situation mit den höchsten Teuerungsraten gerade bei den finanziell Schwächsten des Arbeitsmarktes sparen wollen. Sie müssten de facto Einkommensverluste hinnehmen und wären komplett von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt. ... "

1. So sind die Preise für Nahrungsmittel im Mai im Vergleich zum Vorjahr um ca. 15 Prozent gestiegen. Demgegenüber entspricht die geplante Mindestlohn-Erhöhung zum 1. Januar 2024 nur +3,4 Prozent. Die Arbeitgeber rechnen mit einer falschen Basis: Sie nutzen nicht den aktuellen vom Gesetzgeber festgelegten 12-Euro-Mindestlohn, sondern den alten Mindestlohn in Höhe von 10,45 Euro (gültig Juli - September 2022).
2. Spätestens bis Ende 2024 muss die EU-Mindestlohn-Richtlinie umgesetzt sein: Demnach sollten Mindestlöhne mindestens 60 Prozent des Medianlohns (Es gibt exakt gleich viele Gehälter, die niedriger und die höher als das Mediangehalt liegen) von Vollzeitbeschäftigten erreichen. Dies würde in Deutschland

einem Mindestlohn von etwa 14 Euro entsprechen.

Wir fordern die sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zu Mindestlöhnen. Nach aktuellen Berechnungen müsste der Mindestlohn dann mindestens bei 13,53 Euro liegen. Das ist über ein Euro mehr als aktuell für die Erhöhung vorgesehen.“

Ein entsprechender Antrag der **Linken-Fraktion im Bundestag am 5.7.** wurde von allen weiteren Fraktionen abgelehnt.

In dem Antrag heißt es:

" ... Vor dem Hintergrund sehr hoher Inflation kommt dieser Neuregelung aktuell besondere Bedeutung zu. Beschäftigte mit niedrigen Löhnen leiden besonders unter den Preissteigerungen, weil sie einen höheren Anteil ihres Verdienstes für den Konsum ausgeben müssen. Die EU-Mindestlohnrichtlinie empfiehlt dann auch, „die Kaufkraft der gesetzlichen Mindestlöhne unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten“ als ein Kriterium zur Bestimmung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns.

Mit der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns gemäß des Schwellenwerts von 60 Prozent des Bruttomedianlohns würde auch diesem Kriterium Rechnung getragen.



Typischer Niedriglohnbereich Erntehilfe

Generell sollte die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns nicht erst mit einer langen Verzögerung, sondern zeitnah erfolgen. Deswegen muss ... eine Anpassung nicht alle zwei Jahre erfolgen, sondern jährlich.

Bisher werden Termine und Stellungnahmen der Mindestlohnkommission, anders als es beispielsweise bei Anhörungen im Deutschen Bundestag der Fall ist, nicht zeitnah veröffentlicht. Das darf bei einem Thema von so großer gesellschaftlicher Bedeutung nicht so bleiben. Das gilt auch für die Veröffentlichung von Eigenbeiträgen und Evaluie-

rungen zeitnah auf der Internetseite zu veröffentlichen ...“

In der **Befragung des Bundeskanzlers am gleichen Tag** bekundete Olaf Scholz zwar, er empfinde die beschlossene niedrigere Erhöhung „nicht als den richtigen Schritt“, beließ es ansonsten aber bei dem Appell an die Tarifparteien, sich zusammenzurufen: „Es wäre schön, wenn die Kommission sich wieder darüber verständigt, nur einvernehmliche Entscheidungen zu treffen.“ Das sei für die Anerkennung und die Akzeptanz von großer Bedeutung.

Das reiche nicht, kritisiert Susanne Ferschl (Stellvertretende Vorsitzende DIE.LINKE im Bundestag). Die Bundesregierung müsse „dafür sorgen, dass der Mindestlohn nicht erneut zum Armutslohn verkommt“, forderte sie. „Millionen Beschäftigte mit niedrigen Löhnen sind von massiven Einkommensverlusten betroffen, hier ist insbesondere der Bundeskanzler, der mehr Respekt versprochen hat, in der Pflicht.“ Stattdessen lasse er sich von der Arbeitgeberseite, die zur Berechnung des neuen Mindestlohnes die gesetzliche Erhöhung auf 12 Euro völlig ignoriert habe, „am Nasenring durch die Manege ziehen“.

Auch die Sozialverbände verlangen eine Anhebung auf mindestens 14 Euro. VdK-Präsidentin Bentele sagte, es gehe um einen armutsfesten Lohn für die untersten Einkommensgruppen. Ähnlich äußerte sich der Sozialverband Deutschland. Der Paritätische Gesamtverband verwies auf die Rentenansprüche und betonte, es könne nicht sein, dass selbst Arbeitnehmer*innen, die 45 Jahre Vollzeit gearbeitet hätten, nicht vor Altersarmut gefeit seien.

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will aber weiterhin der **Empfehlung der sogenannten Mindestlohnkommission** folgen. Nun aber dringen seine Parteigenossen auf eine stärkere Anhebung: Die Sozialdemokrat*innen wollten sich für eine zusätzliche Mindestlohnerhöhung im kommenden Jahr auf bis zu 14 Euro einsetzen, kündigte der Parteivorsitzende Lars Klingbeil in der *Bild am Sonntag* überraschend an.

„Das Leben ist teurer geworden, deshalb brauchen wir generell höhere Löhne im Land“, sagte Klingbeil. „Wir werden dafür sorgen, dass Deutschland die europäische Mindestlohnrichtlinie im nächsten Jahr umsetzt.“ Darauf werde die SPD in der Bundesregierung drängen. Damit könne dann der Mindestlohn nochmals ansteigen. „Bei einer vollständigen Umsetzung wären das laut Experten zwischen 13,50 und 14 Euro“, rechnete Klingbeil vor.

In der letzten Woche berichteten die Zeitungen bundesweit, dass rund **jede/r vierte Erwerbstätige** in Deutschland **kaum mehr als den Mindestlohn verdient**. Dies geht aus aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für April 2022 auf Anfrage der Linksfraktion hervor. 23,35 Prozent der Beschäftigten – rund 9,3 Millionen der insgesamt 39,8 Millionen Erwerbstätigen – verdienen demnach weniger als 14 Euro brutto in der Stunde. **14,8 Prozent der Erwerbstätigen erhalten den Mindestlohn von 12 Euro die Stunde.**



... sowie Garten- und Landschaftsbau

„Wenn jeder Vierte in Deutschland unter 14 Euro brutto in der Stunde verdient, haben wir ein **deutlich zu niedriges Lohnniveau** in Deutschland“, kritisiert der Co-Vorsitzende der LINKEN-Fraktion

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung **am Samstag, 02. September 2023 um 11:00 Uhr,** **ab Mönckebergstraße vor Saturn, Kundgebung am Rathaus**

„3.000 Euro Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner! ... Wir fordern von der Bundesregierung auch für Rentnerinnen und Rentner in diesem Land einen steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleich:

✓ 1.500 Euro sofort für 2023

✓ 1.500 Euro am 01.01.2024

Rentnerinnen und Rentner dürfen in Deutschland nicht weiter abgehängt werden!

Auch Hamburg hat die Rentnerinnen und Rentner vergessen. Alle Hamburger Seniorinnen und Senioren sollten bei der vergünstigten Mobilität berücksichtigt werden!

Wir fordern vom Senat:

✓ ein verbilligtes Deutschlandticket für alle Seniorinnen und Senioren in Höhe von 29 Euro“

Dietmar Bartsch. „14 Euro Mindestlohn wären jetzt notwendig – auch als Inflationsausgleich. ... „Die geplante Erhöhung von nur 41 Cent ist ein dramatischer Reallohnverlust“, ist Bartsch überzeugt. „Das niedrige Lohnniveau wird uns auch bei der Rente auf die Füße fallen. **Es droht millionenfache Altersarmut.**“ Die Rentenkasse verliere bereits heute viele Milliarden aufgrund zu geringer Löhne.

Laut Statistischem Bundesamt liegt der durchschnittliche Bruttoverdienst in Deutschland bei 24,77 Euro pro Stunde, was einen Monatsverdienst von 4.105 Euro brutto entspricht. Bei einer 40-Stunden-Woche liegt der **Bruttoverdienst mit Mindestlohn bei etwa 2.080 Euro im Monat.** Wie viel netto, also nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen davon übrig bleibt, ist individuell verschieden und hängt von Faktoren wie Steuerklasse, Familienstand, Anzahl der Kinder, Religionszugehörigkeit und Bundesland ab.

Schon bei der Zahlengegenüberstellung ist ersichtlich, wen die Armutsrenten treffen werden. Zu den unteren Lohngruppen zählen insbesondere Hilfskräfte in der Landwirtschaft und Aushilfen in der Gastronomie oder im Handel.

*Information aus: DGB Informationsblatt, Artikel aus TAZ und Hamburger Abendblatt
Zusammenstellung: -ena, auch Fotos*

Dies ist ein Auszug aus dem Aufruf, den AWO Hamburg, SoVD, Hamburg, ver.di Senior*innen und einige Senior*innenbeiräte gemeinsam tragen. Das ist erfreulich, denn bisher galt es immer als schwierig, die Generation 60+ auf die Straße zu holen. Der BSB (Senior*innenbeirat) Hamburg Mitte hat es im vergangenen Jahr gewagt und immerhin 300 Menschen, z.T. mit Rollatoren, in Sachen Energiepauschale zu einer Demo mobilisiert.

Bitte notiert euch den Termin schon mal und nehmt teil. Die LAG Senior*innenpolitik ebenso wie unsere bezirkliche AG unterstützen die Demo natürlich und sind nicht ganz unbeteiligt am Zustandekommen des Aufrufs.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Die Bürgerschaftsfraktion lädt ein:

In den letzten Monaten mit der Diskussion um das Selbstbestimmungsgesetz verstärken sich trans*feindliche Diskurse in der Öffentlichkeit. Sie richten sich vor allem gegen trans*weibliche Menschen. Diese sind in erhöhtem Maße von Gewalt betroffen.

Gerade von rechter Seite wird beschworen: Angeblich seien Frauenschutzräume in Gefahr, weil sich nun „biologische Männer“ ungehindert Zutritt verschaffen könnten.

Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?

Wie trans*inklusiv sind Frauenschutzräume in Hamburg? Welche Herausforderungen haben sich gestellt und wie gelingt die Öffnung?

Wie wirkt sich dieses gesellschaftliche Klima auf trans* Menschen aus? Welche Bedürfnisse haben von Gewalt betroffene trans* Frauen?

Es diskutieren:

Carola Ensslen (queerpolitische Sprecherin Linksfraktion)

Vertreter*innen von:
ragazza e.V.

Dolle Deerns e.V.,

Autonomes Frauenhaus e.V.

4Be-TransSuchthilfe, Praxis

K*Stern (Beratung und Therapie)

Moderation: **Suzana Kamperidis**

Einführung: **Mine Pleasure Bouvar** (politische Bildner*in)

Mit Schriftdolmetschung und Dolmetschung in Deutsche Gebärdensprache

The poster features a black background with a red and white title box on the left: "Was tun für trans*inklusive Frauenräume und gegen trans*feindliche Gewalt?". To the right is a rainbow-colored logo with the text "TRANS PEOPLE EXIST." and "BILLIONAIRES SHOULDN'T!". Below the title is a white box with the date and time: "Donnerstag, 3. August 18:00 Uhr Rathaus Hamburg, Kaiser*innensaal". At the bottom right is the logo for "DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft".

Und wir Lifestyle-Linken sind alle eingeladen, an der CSD-Parade teilzunehmen:

Samstag, 5. August 12 Uhr ab Lange Reihe

Noch besser ist es natürlich, wenn mensch sich als Helfer*in meldet für die linken Aktivitäten im Rahmen der Prideweek, z.B. als Fahrer/Begleiter*in bei der Demo oder für den Infostand am Ballindamm:

Wenn du uns unterstützen kannst, dann schreib uns bitte eine Mail an:

csd2023@die-linke-hamburg.de – wenn du magst, schreib dabei gerne deine Handy-Nummer dazu.

Wir melden uns bei dir!

Zur Regionalkonferenz am 9. Juli in Wilhelmsburg



Leider wurde nur von unserer AG - Sozialökonomische Transformation - ein Arbeitsergebnis vorgetragen. Aufgrund des strengen Zeitplanes blieb dafür keine Zeit mehr. Die Zeitverzögerung kam u.a. durch die Friedens-AG zu Stande, die länger als vorgesehen brauchte. Bis auf die zwischenmenschlichen Kontakte mit Flensburgern und Kielern in den Pausen, ist die Regionalkonferenz weit hinter die Ergebnisse der letzten Strategiekonferenz zurückgefallen.

Ob die Ergebnisse der anderen AGs veröffentlicht werden, weiß ich nicht.
-ena

Neugestaltung des Billstedter Marktplatzes



Neubauer und Pein beim Rundgang, Foto: Maui ^^

Am Donnerstag, den 22. Juni 2023 nahm ich teil an einem Rundgang mit Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein und Bezirksamtsleiter Ralf Neubauer zur Umgestaltung des Billstedter Marktplatzes, der zum RISE-Fördergebiet Billstedt gehört. Wir schauten uns gemeinsam sämtliche Flächen zur späteren Umgestaltung des Marktplatzes an und unterhielten uns über viele wichtige Punkte, die zu einer später erfolgreichen Umgestaltung gehören.

Im späteren Interview äußerte sich Senatorin Pein dazu so: „Wir müssen es schaffen, dass sich die Leute wohlfühlen.“ Man sei darauf angewiesen, dass die Menschen vor Ort mitarbeiten.

Das freute mich umso mehr, als ich vorher mit Frau Pein gerade darüber gesprochen hatte und diese Äußerung geht in die nach meiner Meinung richtige Richtung. Nämlich der aktiven Bürger*innenbeteiligung vor Ort. Bezirksamtsleiter Neubauer bekräftigte, dass die Marktumgestaltung dem Bezirk ein echtes Herzanliegen sei.

Und dass am freiraumplanerischen Wettbewerb 17 beachtliche Büros ein Interesse gezeigt hätten, aus acht Einreichungen solle dann im September der Sieger gekürt werden. Die Umgestaltung werde einen höheren Millionenbetrag kosten.

Leider sind alle Oppositionsparteien stets von den Jürs der planerischen Wettbewerbe ausgeschlossen, was ich als sehr negativ empfinde, besonders, wenn es um Planungen für Billstedt geht, wo ich seit 50 Jahren lebe!

Maureen Schwalke

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 01.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Montag, 14.08., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 16.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 17.08., 19:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo mit der BO Billstedt**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 17.08., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Billstedt mit HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 24.08., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

September 2023

Freitag, 01.09. Antikriegstag, 18 bis 20 Uhr

Den Frieden gewinnen - Abrüsten statt Aufrüsten
Gespräch/Diskussion mit Frank Bsirske
Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof

Samstag, 02.09., 11 Uhr

Rentner*innendemo

für 3.000 € Inflationsausgleich und ein 29 €-Ticket
Saturn, Mönckebergstraße

Dienstag, 05.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Mittwoch, 20.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 28.09., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Die September-Termine für Billstedt und Horn werden nach dem gemeinsamen Treffen am 17.8. festgelegt und bekannt gegeben.

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Sozialberatung von Quentin Villwock:
- fällt erst mal weiter aus -

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

24. Juli 2023

Damit die Hoffnung zurückkehrt

Unser Plan für ein gerechtes Land

Von **Martin Schirdewan** (Vorsitzender der Partei DIE LINKE)
und **Gregor Gysi**

DIE LINKE.

Aufbruch und Fortschritt hat Bundeskanzler Olaf Scholz zum Start der Ampel-Koalition versprochen. Die Wahrheit ist, noch nie war die Bundesrepublik sozial so gespalten wie jetzt: Die fünf reichsten Deutschen haben mehr Vermögen als 50 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen, d. h. mehr als 42 Millionen Menschen. Dieses Jahr wollen die Dax-Konzerne über 75 Milliarden Euro an ihre Aktionäre ausschütten: Aber für die Sanierung von Schulen oder Schwimmbädern soll kein Geld da sein.

Die großen Energiekonzerne, Wohnungsunternehmen und Lebensmitteldiscounter heizen die Inflation durch überzogene Preis- und Mietsteigerungen weiter an. Die Preise steigen deutlich schneller als Löhne und Einkommen. Dadurch hat die große Mehrheit der Menschen real immer weniger Geld. Und die Bundesregierung? Sie schaut tatenlos zu.

Die Mindestlohnkommission schlägt – gegen die Stimmen der Gewerkschaften – eine Anhebung des Mindestlohns auf lediglich 12,41 EUR vor. Eine Steigerung von etwas mehr als 3 Prozent, die von der Inflation mehr als getilgt wird. Denn allein die Nahrungsmittel sind im letzten Jahr um rund 14 Prozent teurer geworden. Eine Lohnsenkung für rund 6 Mio. Beschäftigte im Niedriglohnbereich.

Insbesondere der Osten ist Niedriglohnland. Fast jede und jeder Vierte arbeitet in Ostdeutschland im Niedriglohn – und diese Statistik erfasst nur die Vollzeitbeschäftigten. In bestimmten Regionen, wie im Kreis Sonneberg, wo die extreme Rechte triumphiert, ist es sogar jede und jeder Dritte. Die Ostdeutschen haben durchschnittlich niedrigere Renten als die Westdeutschen. 33 Jahre nach der Wende machen viele Menschen in Ostdeutschland immer noch die Erfahrung, abgehängt zu sein. Sie erleben, dass »der Osten« mit hohen Quoten des Niedriglohns und ungleichen Chancen verbunden ist. Eine Strategie für die Gleichstellung des Ostens hat die Ampel nicht.

Die selbst ernannte Fortschritts-Regierung hat die Menschen enttäuscht. Sie ist mit dem Versprechen angetreten, den Pflegenotstand zu stoppen. Doch der Personalmangel dort wird immer größer, die Pflegeversicherung immer teurer. Und jetzt sollen laut Gesundheitsminister Lauterbach auch noch 20 Prozent aller Krankenhäuser geschlossen werden. Aus der Pandemie hat man offensichtlich wenig gelernt.

Die Ampel wollte die Kinderarmut bekämpfen und Familien unterstützen. Jetzt wird die geplante Kindergrundsicherung von zwölf auf zwei Milliarden zusammengekürzt und das Elterngeld wartet seit 15 Jahren vergeblich auf eine Anpassung an die Inflation. Bundesweit fehlen immer mehr Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte. Aber die Schuldenbremse soll wichtiger sein.

Die Mieten gehen weiter durch die Decke. 400 000 Wohnungen wollte die Regierung jährlich bauen, um die Not nach bezahlbarem Wohnraum einzudämmen. Geschafft hat sie nicht einmal 300 000, davon nur 20 000 bezahlbare Sozialwohnungen. Jetzt soll auch noch mit Habecks-Heizungsgesetz eine neue Modernisierungumlage beschlossen werden, die Mieterinnen und Mieter zusätzlich belastet. So wird die Wärmewende nicht gelingen.

Aber statt jetzt zielgerichtete Maßnahmen aufzulegen, um die Menschen in diesem Land sicher durch die Krise zu führen und zumindest die eigenen Regierungsziele zu erreichen, ist die Ampel mit sich selbst beschäftigt. Mehr noch: Scholz, Lindner, Habeck und Co. wollen in der Sackgasse sogar noch aufs Gas drücken und Milliarden bei Sozialausgaben kürzen. Gekürzt wird nicht nur bei Familien mit Kindern, sondern auch in der Wohlfahrtspflege. Mit den geplanten Kürzungen um 25 Prozent drohen massive Einschnitte bei einer Vielzahl von sozialen Angeboten. Ausgerechnet bei der Migrations- und Asylberatung soll um bis zu 50 Prozent gekürzt werden, obwohl die Zahl der Geflüchteten gerade auch infolge von Kriegen auf einem historischen Höchststand ist. Ebenfalls soll bei den Mitteln für die psychosozialen Zentren und die Bundesfreiwilligendienste gekürzt werden. Die Zuschüsse für Kunst und Kultur nehmen ab. Dies ist antizivilisatorisch.

Nicht gespart wird hingegen bei der Rüstung. Vorgesehen ist sogar ein Anstieg von 1,7 Milliarden Euro. 19,2 Milliarden Euro soll die Bundeswehr zusätzlich 2024 aus dem 100-Milliarden »Sondervermögen« für die militärische Aufrüstung erhalten. Rheinmetall erhielt durch das Sondervermögen erst in diesem Monat einen Auftrag der Bundeswehr für mehrere Hunderttausend Artilleriegeschosse im Wert von 1,3 Milliarden Euro.

Statt Aufbruch herrscht Ampel-Ausfall. Das Ergebnis ist fatal: Millionen Menschen wissen nicht mehr, wie sie am Ende des Monats über die Runden kommen sollen. Familien mit Kindern sind besonders betroffen. Kleine und mittelständische Unternehmen leiden unter hohen Kosten, Industriebetriebe drohen mit Abwanderung. Vor diesem Hintergrund macht der nötige soziale und ökologisch gerechte Umbau unseres Verkehrssystems sowie der Energie- und Wärmeversorgung den Menschen immer Angst statt Hoffnung auf ein besseres Leben. Diese Entwicklung gefährdet unsere Demokratie. Die extreme Rechte feiert ein Umfragehoch nach dem anderen. Gemeinsam mit Friedrich Merz macht sie Stimmung gegen sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz und Minderheiten.

Die Bundesregierung muss jetzt dringend umsteuern und den Menschen Verlässlichkeit in Zeiten des Umbruchs und der Krisen bieten.

Dafür fordert DIE LINKE:

Löhne und Einkommen erhöhen:

■ Wir schlagen einen **gesetzlichen automatischen Inflationsausgleich für alle Löhne und Gehälter** vor, wie in Belgien¹, Luxemburg², Malta und Zypern. Eine automatische Anpassung an Preissteigerungen, (auch Indexlohn genannt), sichert nachhaltig die Kaufkraft für alle Beschäftigten und verbessert die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften. Auch die Binnennachfrage wird stabilisiert.

■ Die **regelmäßigen Entgelt-Tarifverhandlungen**, in denen dann der Anteil an der Produktivitätssteigerung und am Umverteilungszuschlag verhandelt wird, **bleiben davon unberührt**. Auch Arbeitsbedingungen, Urlaub, Arbeitszeit etc. werden weiter zwischen den Tarifparteien verhandelt.

■ In der Theorie besteht eine Entgelterhöhung aus drei Komponenten: (1) absehbare Preisentwicklung + (2) steigende Arbeitsproduktivität + (3) Umverteilungskomponente. In der Praxis bleiben die Forderungen und erst recht die Ergebnisse immer häufiger schon hinter der Preisentwicklung zurück. **Es wird nicht mehr um eine Erhöhung des Reallohns verhandelt**, sondern um die **Höhe der Absenkung**. Jedoch **verbuchen viele Unternehmen Rekordgewinne** und der Reichtum in wenigen Händen nimmt zu. Mit einem automatischen Inflationsausgleich verbessern wir nicht nur die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften und **helfen den Beschäftigten in Betrieben ohne Tarifbindung**, sondern **bremsten auch die Gierflation** (Gewinn-Preis-Spirale) der Unternehmen. Denn überzogene Preissteigerungen würden über die angepassten Löhne schnell wieder als Kosten bei den Unternehmen ankommen.

■ Der marktradikale **Mythos der Lohn-Preis-Spirale ist empirisch falsch**: Arbeitgeberverbände argumentieren, dass gerechte Lohnforderungen die Inflation weiter anheizen. Oft wollen sie nur die eigenen Gewinnmargen schützen. Untersuchungen der luxemburgischen Statistikbehörde Statec zeigen, dass eine automatische Lohnangleichung an die Inflation nur zu minimalen Steigerungen der Verbraucherpreise führt.

■ Wir fordern einen **Mindestlohn in Höhe von mindestens 14 EUR**, der auch Armut im Alter verhindert. Damit würde auch die EU-Mindestlohnrichtlinie umgesetzt werden. Die Richtlinie sieht vor, dass die Mindestlöhne mindestens 60 Prozent des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten erreichen müssen. Außerdem soll die Inflation in die Berechnung des Mindestlohns eingehen. Die Richtlinie muss bis Ende 2024 umgesetzt werden.

■ Wir wollen eine **Lohnoffensive Ost!** Gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften wollen wir für mehr Tarifbindung und flächendeckende Tarifverträge auch dort kämpfen. Unser Ziel: die Löhne in den neuen Ländern bis Ende 2025 (dem Ende der Legislaturperiode) zu 100 Prozent an das Westniveau anzugleichen.

■ **Tarifvereinbarungen** müssen auf Antrag der Gewerkschaft für allgemeinverbindlich erklärt werden – für alle Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten.

Umsteuern:

■ Für Millionäre wollen wir die **Vermögensteuer** wieder erheben: So nehmen wir mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr ein, die den Ländern und damit den Kommunen für Investitionen zur Verfügung stehen.

■ Mit einer **Übergewinnsteuer** für die Krisengewinner sorgen wir für ein Umsteuern in der Preis-Krise. Allein im Jahr 2022 hätten wir im Energiesektor 100 Milliarden Euro durch eine Besteuerung der Übergewinne einnehmen können.

■ Menschen entlasten: bis zum Ende der Preiskrise einen rückwirkenden **Inflationsausgleich bei Renten, BAföG, Elterngeld und Sozialleistungen!** Das stabilisiert wiederum auch die Binnennachfrage.

Rente sichern:

■ Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die **Hochrechnung der Ostgehälter in der Rente erhalten** bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der heutigen Beschäftigten führen.

■ Für Zeiten im Niedriglohnsektor wollen wir **generell für alle Beschäftigten** in Ost und West eine **Höherbewertung in der Rente** einführen. Darum wollen wir die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen und verbessern.

Miete bezahlbar machen:

■ Wir fordern einen bundesweiten **Stopp für Mieterhöhungen** und Obergrenzen für die Mieten (**Mietendeckel**). Die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre müssen zurückgenommen oder ausgeglichen werden!

■ **250 000 Sozialwohnungen pro Jahr müssen geschaffen werden.** Der Staat muss Wohnungen aufkaufen und neue bezahlbare Wohnungen bauen. Öffentlich geförderte Wohnungen müssen dauerhaft in der Sozialbindung bleiben.

Dem Rechtsruck entgegentreten:

■ Wir benötigen eine umfassende **Unterstützung für die Zivilgesellschaft**, die sich überall und oft ehrenamtlich den Rechten entgegenstellt. Unsere Solidarität gilt all jenen, die sich dem Rechtsruck widersetzen und/oder von ihm bedroht werden. **Protest, ziviler Ungehorsam und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung für Demokratie** und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Parteiübergreifend muss über die Gewinnung von mehr Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Strukturen gesprochen. Das gilt für Begegnungen sämtlicher im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien.

■ Es gilt jetzt **offensiv die sozialen Themen anzugehen**, um der großen Mehrheit der Menschen Verlässlichkeit im nötigen Umbau unserer Gesellschaft in Richtung Klimagerechtigkeit zu bieten. Das zeigt den Menschen, dass die Politik handlungsfähig ist und Krisen überwinden statt nur verwalten kann.

Zukunft erbauen:

■ Wir wollen **öffentlichen Reichtum statt öffentlichem Mangel**. DIE LINKE hat einen durchgerechneten Plan, wie wir **das Land gerecht machen**. Mit unserem **sozialen und klimagerechten Investitionsprogramm** beseitigen wir den Investitionsstau, bringen Energie- und Wärmewende voran, bauen den ÖPNV aus, sorgen für bessere Bildung mit mehr Personal, für bezahlbares Wohnen und eine gute Gesundheitsversorgung statt Pflegenotstand, mehr Kunst- und Kulturangebote. So entstehen in den kommenden Jahren **1 Million klimagerechte Jobs**. Und wir machen den Sozialstaat armutsfest. Dadurch schaffen wir Wohlstand und einen Gewinn an Lebensqualität für alle, statt für wenige.

■ Mit unserer **Steuerreform** generieren wir die nötigen Mehreinnahmen für die Staatskasse und entlasten gleichzeitig bei der Einkommensteuer jene Menschen, die 8.333,33 EUR brutto oder weniger im Monat verdienen.

■ **Schuldenbremse abschaffen**: Investitionen des Staates in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind wichtig für die Zukunft. Sie rechnen sich gerade auch für die nachfolgenden Generationen. Es ist ökonomisch sinnvoll, Investitionen, die über Generationen halten sollen, längerfristig zu finanzieren. Selbst wenn die Bundesregierung gegen jede Vernunft an der Schuldenbremse festhält, muss sie die Vermögenden, die extrem Reichen und Krisengewinnerinnen und -gewinner zumindest deutlich gerechter besteuern.

1 | **Belgisches Modell**: In Belgien werden die Löhne und Sozialleistungen automatisch erhöht, sobald der Durchschnitt der Verbraucherpreise – der »Index« – gestiegen ist. (Der Index basiert auf den Preisen für 600 Waren und Dienstleistungen. Alkohol, Tabakwaren, Benzin und Diesel werden nicht mit einberechnet). Im Öffentlichen Dienst wird der Lohn mehrmals im Jahr angepasst, im privaten Sektor nur einmal im Jahr – zum 1. Januar. (So gab es für viele Beschäftigte zum 1. Januar 2023 11 Prozent mehr Lohn). Auch die Sozialleistungen und Renten sind in Belgien indexiert und werden entsprechend erhöht.

2 | **Luxemburger Modell**: Jedes Mal, wenn der Verbraucherpreisindex (basierend auf einem Warenkorb mit ca. 60.000 Produkten) im gleitenden Semesterdurchschnitt um 2,5 Prozent angestiegen oder gefallen ist, werden die Löhne und Gehälter, aber auch Renten, Ausbildungsvergütungen, Familienzulagen, garantiertes Mindesteinkommen, usw., um 2,5 Prozent angepasst.